

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(43. Sitzung am 4. März 2015)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1608](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Diskriminierungsverbots in der Niedersächsischen Verfassung**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2166](#)

Der Ausschuss führte zu den Gesetzentwürfen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Prof. Dr. Hartmut Bauer, Universität Potsdam, Lehrstuhl für Europäisches und Deutsches Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Sozialrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht
- Prof. Dr. Jörn Ipsen, Universität Osnabrück, Institut für Kommunalrecht und Verwaltungswissenschaft
- LSVD Niedersachsen-Bremen e. V.
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- Prof. Dr. Christian Starck
- Prof. Dr. Nina Dethloff, Universität Bonn, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Europäisches Privatrecht
- ISD Bund e. V., Initiative Schwarze Menschen in Deutschland

2. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Pflichten von Gesundheitsdienstleisterinnen und Gesundheitsdienstleistern (NGesDPG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/2851](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und votierte gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration einstimmig dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung der Vorlage 1 zu empfehlen.

Vertraulicher Sitzungsteil

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Ermittlungsverfahren gegen den Generalstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft Celle, Herrn Dr. Frank Lüttig, und zu möglichen Disziplinarmaßnahmen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

4. **Sachstand der Ermittlungsverfahren wegen der Nutzung des Dienstkraftfahrzeuges gegen den Präsidenten des Landgerichts Hannover und den Präsidenten der Landesschulbehörde**

Der Ausschuss erweiterte die Tagesordnung um diesen Punkt und nahm eine Unterrichtung durch das Justizministerium entgegen.